

Der djb trauert um Dr. Margarete Bartels

Dr. Margarete Bartels
Prokuristin i.R.

* 7. November 1914 in Rumberg
† 12. September 2009 in Vaterstetten bei München



▲ Dr. Margarete Bartels (in der erste Reihe, zweite von links) trat dem djb Ende der 50er Jahre bei, damals war sie Personalreferentin in München. Am 26. Februar 2007 wurde ihr im Münchener Rathaus von Katja Schwind (ganz rechts), zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der RG München, die Ehrennadel des djb für 50-jährige Mitgliedschaft verliehen. Gertrud Hofmann (die Rednerin rechts im Bild), Bundesvorstandsmitglied von 1979 bis 1993 (davon acht Jahre als 2. bzw. Stellv. Bundesvorsitzende) und langjährige Regionalgruppenvorsitzende sprach über die Geschichte der Regionalgruppe und die zu ehrenden djb-Mitglieder. Dr. Margarete Bartels begrüßte sie persönlich mit den Worten: „Großartig, dass Sie heute hier sind, Frau Dr. Bartels. Ich muss an unseren ersten Biergartenabend 1985 denken. Wie meist kamen Sie mit Dr. Leer zusammen sozusagen im Tandem. Als es nach einem wunderschönen Spätnachmittag und Abend zu regnen begann, zogen alle ihre Taschen- schirme heraus und unter Regenschirmen haben wir Frauen noch lange über die Generationen hinweg weiter geratscht. Das waren noch Zeiten!“

Der djb gratuliert

Hildegard Becker-Toussaint zum Erhalt des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Der Orden wurde ihr von Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa in Hessen, am 15. Januar 2010 aufgrund ihrer herausragenden Verdienste um die hessische Justiz und ihr vorbildliches ehrenamtliches Engagement überreicht. Hildegard Becker-Toussaint wurde nach ihrem 2. juristischen Staatsexamen 1974 als Richterin auf Probe im hessischen Justizdienst eingestellt. 1978 folgte die Ernennung zur Richterin und ab 1983 die Tätigkeit als Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt am Main. Sie war von 1985 bis 1990 an das Hessische Ministerium der Justiz abgeordnet und leitete dort das Aus- und Fortbildungsreferat der Richter und Staatsanwälte. Daneben war ihr die neue Aufgabe der Frauenförderung im Geschäftsbereich des Ministeriums und die Durchführung von Frauenfördermaßnahmen übertragen worden. 1994 wurde sie zur Leitenden Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main ernannt. Sie war damit die erste Frau in Hessen, die mit diesem Amt betraut wurde. Von 2001 bis 2003 war sie ständige Vertreterin des Generalstaatsanwalts und übernahm 2002 zusätzlich die Leitung der „Eingreifreserve“. Seit Ende 2009 ist sie im Ruhestand.

Geburtstage

(November und Dezember 2009)

70 Jahre

- Helga Fleckstein
Rechtsanwältin/Dozentin
Berlin
- Dr. Katrin Lausen
Rechtsanwältin
Denzlingen

75 Jahre

- Hilke Amthor
Vors. Richterin am OLG i.R.
Kronberg
- Christel Schulte
Richterin am AG i.R.
Karlsruhe
- Reglindis Böhm
Landgerichtspräsidentin a.D.
Rockenberg
1989-1991 Beisitzerin im
Bundesvorstand
1991-1994 Vorsitzende der
Familienrechts-
kommission
1992-1994 Vorsitzende der
Unterkommission
Kindschaftsrecht
1991-2009 Mitglied der Kommission
Ältere Menschen

80 Jahre

- Erika Plöger
Kirchlengern

90 Jahre

- Margarete Deutsch
Vors. Richterin am LAG i.R.
Düsseldorf

Marion Claßen-Beblo zur Ernennung als Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin am 10. Dezember 2009. Die bisherige Vizepräsidentin des Kammergerichts Berlin ist seit 1981 im Justizdienst. Zunächst war sie Richterin am Landgericht Berlin, 1991 erfolgte die Ernennung zur Richterin am Kammergericht. 1998 wurde sie Senatsrätin in der Senatsverwaltung für Justiz und leitete das Haushaltsreferat, bevor sie im Januar 2002 die Vizepräsidentenschaft des Amtsgerichts Tiergarten übernahm. In dieser Funktion trug sie u.a. wesentlich zur Dezentralisierung der Gerichtsverwaltung bei und setzte damit Grundprinzipien der Justizreform um. Als Vizepräsidentin des Kammergerichts war Claßen-Beblo zugleich die Vorsitzende eines Senats.

Dr. Eva Högl zur Wahl als stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Ira von Cölln zu ihrer neuen Position als Bundesgeschäftsführerin des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW). Die Rechtsanwältin und Steuerberaterin von Cölln ist seit 2006 für den BFW als Referentin für Finanzen und Steuern tätig.

Neue Pressemitteilungen und Stellungnahmen

<http://www.djb.de/stellungnahmen-und-pressemittellungen/>

Pressemitteilungen

- 10-01 Sag mir, wo die Frauen sind ... Aktion „Hauptversammlungen: Aktionärinnen fordern ein!“ startet am 21. Januar 2010 und wird in über 70 Hauptversammlungen von DAX-Unternehmen durchgeführt. (Januar 2010)
- 09-15 Sieg der Single-Väter = Sieg der Kinder? djb zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 3.12.2009. Zaunegger gg. Deutschland (Appl. No. 22028/04). (Dezember 2009)
- 09-14 Jetzt geht es auf europäischer Ebene weiter: Begleitgesetze zum EU-Reformvertrag von Lissabon sind ausgefertigt. (September 2009)
- 09-13 djb bestätigt Präsidentin Jutta Wagner für eine dritte Amtsperiode. Verleihung des Marie Elisabeth Lüders-Preises 2009 an Dr. Marion Röwekamp. (September 2009)
- 09-12 38. Kongress des djb „Integration durch Recht“ am 24.9.2009 eröffnet. (September 2009)
- 09-11 Integration durch Recht. Frauen mit Migrationshintergrund zwischen Teilhabe und Ausgrenzung. 38. Kongress des Deutschen Juristinnenbundes vom 24. bis 27. September 2009 in Karlsruhe. (September 2009)
- 09-10 Eine Ohrfeige für das AG Schweinfurt: Keine Vorrangstellung der leiblichen Elternschaft gegenüber der rechtlichen und sozial-familiären Elternschaft. (August 2009)
- 09-09 djb begrüßt Rechtsgutachten zur paritätischen Besetzung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen mit Frauen und Männern zur Wahl des Deutschen Bundestages und unterstützt entsprechende gesetzliche Quotenregelungen („Parité“). (August 2009)

Stellungnahmen

- 10-01 Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen neues Richter-gesetz (RiG-E) und Änderung der Landesverfassung des Landes Brandenburg. (Januar 2010)
- 09-13 Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Verordnung zur Anpassung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) – Stand: 11.12.2009 aus Anlass der Anhörung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. (Dezember 2009)
- 09-12 Stellungnahme zum Verfahren 1 BvL 14/09 – Verfassungsrechtliche Prüfung, ob § 116 Abs. 6 Satz 1 SGB X insoweit mit dem Grundgesetz vereinbar ist, als er eine Haftungsprivilegierung des nicht in häuslicher Gemeinschaft lebenden, zum Unterhalt verpflichteten Kindesvaters im Gegensatz zu in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen nicht vorsieht. (Oktober 2009)
- 09-11 Stellungnahme zur Erweiterung des Aufgabenbereichs von Betreuerinnen und Betreuern über den Tod des Betreuten hinaus (§§ 1896 ff. BGB) (Petition 4-16-07-4034-033835, Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages). (September 2009)
- 09-10 Stellungnahme zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag (Zustimmungsgesetz von Bundestag und Bundesrat zum Vertrag von Lissabon, dem Gesetz zur Änderung der Verfassung und dem Begleitgesetz) vom 30. Juni 2009, BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009. (September 2009)
- 09-09 Stellungnahme zur geschlechtsparitätischen Besetzung von Leitungsfunktionen und Organen landeseigener Unternehmen und Unternehmen mit gesellschaftsrechtlicher Beteiligung des Landes Berlin. (Juni 2009)